



Ausschussdrucksache 20(9)227

28. Februar 2023

**Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
10178 Berlin**

Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

zum

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Deutschland als Innovations-, Biotechnologie- und Pharmastandort
stärken, EU-Mittel sichern, IPCEI Health beitreten**

BT-Drucksache 20/2376

am 1. März 2023

Stellungnahme

Öffentlichen Anhörung des Wirtschaftsausschusses
zum Pharmastandort Deutschland
am 1. März 2023 von 9:00 bis 10:30 Uhr

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Deutschland als Innovations-, Biotechno-
logie- und Pharmastandort stärken, EU-
Mittel sichern, IPCEI Health beitreten

(BDI zur BT-Drucksache 20/2376)

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	3
Einleitung.....	4
1. Deutschland als Innovations-, Biotechnologie- und Pharmastandort stärken.....	5
2. EU-Mittel sichern, IPCEI Health beitreten	6
Über den BDI.....	9
Impressum	9

Zusammenfassung

Die industrielle Gesundheitswirtschaft (iGW) muss als ein zentraler Baustein des Gesundheitssystems wertgeschätzt und gefördert werden. Eine öffentliche, entschlossene und offensichtlich durch konkrete Maßnahmen flankierte Wertschätzung für Wertschöpfung im Gesundheitssektor ist unerlässlich, damit die iGW ihre volle Innovationskraft auch weiterhin am Standort Deutschland in Europa entfalten kann. Außerdem kann eine positive Anreizpolitik zur Stärkung der Resilienz europäischer Gesundheitssysteme und zur Diversifizierung wichtiger Lieferketten beitragen. Aktuell zeichnet sich allerdings ab, dass Investitionen in Gesundheit vor dem Hintergrund des harten internationalen Wettbewerbs auf den Weltmärkten immer häufiger außerhalb von Deutschland bzw. Europa erfolgen.

Der Engpass bei der Innovationsfähigkeit liegt in der schnellen Umsetzung, das heißt einer schnellen Translation in die Fläche – dies gilt besonders für den in Deutschland hoch regulierten Bereich Gesundheit. Zur Intensivierung und Beschleunigung der Translationsprozesse bedarf es der gezielten Förderung durch ein stimulierendes und unterstützendes Forschungsumfeld und der Verbesserung der innovationspolitischen Rahmenbedingungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Hier kann ein IPCEI Health eine positive Wirkung entfalten, denn es bietet der iGW die Möglichkeit einer besonderen Förderung für hochinnovative Ansätze, die kurz vor Marktreife sind, aber vor Hemmnissen im deutschen Gesundheitsmarkt (GKV-Bereich) stehen.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Lobbyregisternummer
R000534

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin
Postanschrift
11053 Berlin

Ansprechpartner
Cora Loh
T: (030) 2028-1790
E-Mail: C.Loh@bdi.eu

Internet
www.bdi.eu

Einleitung

Die industrielle Gesundheitswirtschaft (iGW) ist für den Standort Deutschland seit vielen Jahren eine Schlüsselindustrie. Dazu gehören neben den im Antrag genannten Branchen Biotechnologie und Pharma auch Medizintechnik, digitale Gesundheitslösungen u.a.m. Die deutsche iGW ist international wettbewerbsfähig und leistet seit Jahren einen positiven Beitrag zur deutschen Handelsbilanz. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie schnell das Thema Gesundheit zum absoluten Mittelpunkt unseres politischen und wirtschaftlichen Handelns werden kann.

Die iGW ist eine hochinnovative Schlüsselindustrie des 21. Jahrhunderts und als entscheidender Wachstumstreiber und Jobmotor stabilisierend und damit erfolgskritisch für den Standort Deutschland. Investitionen in unsere Gesundheit schaffen einen Mehrwert für das individuelle Wohlergehen und damit auch für unser gesellschaftliches Zusammenleben und eine stabile Wirtschaft. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Zunahme von Volkskrankheiten wie Krebs, Demenz, Herz-Kreislauf u.a. gewinnt diese Aufgabe weiter an Bedeutung. Die iGW braucht Rahmenbedingungen, welche ihre Innovationskraft nachhaltig stärken und ihr ermöglichen, diese Rolle bestmöglich auszufüllen.

Entscheidend ist, europäische Innovationskraft und bestehende Wertschöpfungsketten zu schützen und zu fördern. Denn eine stabile Wirtschaft und eine funktionierende Gesundheitsversorgung benötigen auch eine intakte industrielle Gesundheitswirtschaft.

1. Deutschland als Innovations-, Biotechnologie- und Pharmastandort stärken

Aktuell sind viele Branchen und damit der gesamte Wirtschaftsstandort Deutschland mit sich verändernden Rahmenbedingungen konfrontiert. Pandemie, Klimawandel, Geopolitik, Energiekrise und demographische Veränderungen stellen die Unternehmen vor wachsende Herausforderungen. Es bedarf daher einer wirtschaftspolitischen Neuorientierung Deutschlands im europäischen und internationalen Umfeld. Das Thema Gesundheit und Pflege sowie die iGW als Branche sind dabei wichtige Faktoren.

Besonders auffällig ist, dass trotz der beträchtlichen Beiträge der iGW zu Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland andere Branchen in der Öffentlichkeit sowie in der Politik eine deutlich höhere Wahrnehmung und Aufmerksamkeit erfahren.

Der Gesundheitsmarkt ist der weltweit am stärksten wachsende Markt: Die steigende Lebenserwartung der Weltbevölkerung und das zunehmende Gesundheitsbedürfnis bewirken eine Steigerung des Bedarfs an Produkten der industriellen Gesundheitswirtschaft. Deshalb braucht Europa jetzt ein dynamisches, gut finanziertes und technologieoffenes Forschungsökosystem, um mit medizinischen Innovationen auf akute Gesundheitsbedrohungen wie Covid-19 sowie auf weitere gesundheitliche Herausforderungen wie Krebs-, Herz-Kreislauf- und Demenzerkrankungen reagieren zu können. Gute Standortbedingungen sind zudem entscheidend für die Stärkung der Resilienz europäischer Gesundheitssysteme und zur Diversifizierung wichtiger Lieferketten

Gesundheit muss als ressortübergreifendes Handlungsfeld weiter ausgebaut und insbesondere die industrielle Gesundheitswirtschaft in eine aktive Wirtschafts- und Forschungspolitik integriert werden. Speziell für den „Standort Deutschland“, gemeint ist die klinische Forschung für innovative Arzneimittel, Therapien, Impfstoffe, bestehen sehr hohe bürokratische Hürden: z.B. führen 52 Ethik-Kommissionen und 38 Universitätsmedizinen zu einer uneinheitlichen Praxis bei Genehmigung von Studien. Auch deshalb hat das die BioNTech AG entschieden, einen wichtigen Teil seiner Krebsforschung nun in Großbritannien aufzubauen. Das Unternehmen begründet seinen Schritt mit den besseren Forschungsbedingungen in Großbritannien,

(BDI zur BT-Drucksache 20/2376)

die das Land auch bei der Erforschung und Genehmigung von Corona-Impfstoffen unter Beweis gestellt habe.¹

Dieses Beispiel illustriert, dass Deutschland an Attraktivität als Forschungsstandort verliert.² Alle maßgeblichen Phase-IV-Studien zu Covid-19-Impfstoffen wurden nicht in D durchgeführt, sondern in Israel, UK, USA. Strukturelle Defizite wurden im Zuge der Corona-Krise durch die Bundesregierung vor allem auf dem Wege der „öffentlichen Beschaffung zur Krisenbewältigung“ (Masken, Impfstoffe, Glasvials, Speziallipide) temporär überwunden, aber beim schrittweisen Übergang von der Krisenbewältigung in das „neue Normal“ nicht beseitigt. Die wichtige Aufgabe der Planungsbeschleunigung (z.B. Impfstoff-Zulassung, Genehmigung von Produktionsanlagen, Bürokratieabbau), Digitalisierung und der Nutzung von Gesundheitsdaten ist politisch noch immer nicht ausreichend gelöst.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie unterstützt ausdrücklich das politische Ziel, für die innovative Gesundheitsindustrie am Standort Deutschland international wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu gehören eine adäquate Steuerlast für Unternehmen; die Verfügbarkeit von Kooperationspartnern und Start-ups; eine innovative Infrastruktur, um Innovationen über den Standort Deutschland hinaus skalieren und kommerzialisieren zu können. Hier fügt sich aus Sicht der industriellen Gesundheitswirtschaft ein IPCEI Health ein.

2. EU-Mittel sichern, IPCEI Health beitreten

Der Forschungsstandort Deutschland weist viele Stärken auf, die für die iGW von großer Bedeutung sind. Dennoch sind Investitionen vonnöten, um im internationalen Wettbewerb den Anschluss zu halten. Den o.g. Entwicklungen kann nur mit einer zielgerichteten Industriepolitik samt Innovationsförderung entgegengewirkt werden.

¹ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/pharmaindustrie-forschung-biontech-101.html>

² <https://www.vfa.de/de/arzneimittel-forschung/forschungsstandort-deutschland/klinische-studien-deutschland.html#:~:text=War%20Deutschland%20im%20Jahr%202016,nur%20noch%20auf%20Platz%206.>

(BDI zur BT-Drucksache 20/2376)

Förderverfahren wie ein IPCEI können jedoch langwierig und unübersichtlich sein. Um deren Effizienz zu steigern, schlagen wir folgende allgemeine Lösungsansätze vor:

- gezielte Vorbereitung von Antragsstellern, so dass förderungswürdige Projekte nicht an Formfehlern scheitern,
- Förderprozesse vereinheitlichen und
- Möglichkeit schaffen, Förderanträge, die in einem europäischen Verfahren nicht angenommen wurden, mit geringem Aufwand zur nationalen Förderung vorzuschlagen.

Bei dem vorliegenden Antrag der CDU/CSU-Fraktion handelt es sich um eine Anfrage aus dem Juni 2022. Die erste Welle des IPCEI Health zum Schwerpunkt Pharma lief im Nachgang dazu ohne deutsche Beteiligung. Dennoch sieht der BDI in der Beteiligung Deutschlands am IPCEI Health mit der zweiten und dritten Welle die Chance, eine Führungsrolle für die Bereiche MedTech, Digitalisierung/Datennutzung zu übernehmen, wenn wir die zweite Welle entscheidend mitgestalten. Der BDI empfiehlt diesbezüglich folgende Maßnahmen:

- Eine Beteiligung an der zweiten Welle muss in Deutschland in einer koordinierten Anstrengung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und der Wirtschaft vorbereitet werden. Dabei müssen die Stärken der iGW in Deutschland berücksichtigt werden.
- Die iGW braucht grundlegende Sicherheit und Planbarkeit durch ein klares politisches Bekenntnis der Politik zum IPCEI Health.
- Im gesamten Prozess ist ein koordiniertes Vorgehen von BMWK und Wirtschaft notwendig. Die Themenfelder sollten in einem gemeinsamen explorativen Prozess gestaltet und so gut wie möglich an den Interessen der Unternehmen ausgerichtet werden. Dann können die späteren Anträge mit Aussicht auf Erfolg gestellt werden.
- Zur Umsetzung des IPCEI Health ist eine enge und auf Umsetzung ausgerichtete Moderation und Kommunikation sowohl durch das BMWK als auch den beauftragten Projektträger notwendig.
- Insbesondere ist es ratsam, die Vorbereitungen für ein „Interessenbekundungsverfahren“ rasch voranzubringen, dabei aber auch im

(BDI zur BT-Drucksache 20/2376)

Dialog mit der Industrie klare inhaltliche Eingrenzungen und Schwerpunktsetzung vorzunehmen. Das Beispiel Österreich zeigt, dass ein zu offen formuliertes Interessenbekundungsverfahren Erwartungen weckt, die bei der konkreten Umsetzung dann nicht erfüllt werden können.³

Trotz oder vielmehr gerade wegen der verpassten ersten Welle sollte Deutschland den Anspruch haben, in den betroffenen Themen (Gen- und Zelltherapien, nachhaltige Produktionstechniken für Arzneimittel, Orphan Drugs) nicht den Anschluss zu verlieren. Der BDI spricht sich daher dafür aus, dass der Prozess der Umsetzung der Projekte aus der ersten Welle eng durch die Bundesregierung begleitet und ggf. national kompensiert wird.

Grundsätzlich müssen dem Fördergedanken des IPCEI entgegenwirkende Maßnahmen auf nationaler Ebene vermieden und hausgemachte Probleme der nationalen Politik für den Innovationsstandort Deutschland gelöst werden. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen sogenannter „Kostendämpfungsgesetze“. So verschlechtert z. B. das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) die Situation für Orphan Drugs. Die Medizinprodukte VO in der EU wiederum hat die Medizintechnik vor große Herausforderungen gestellt. Es ist wichtig, dass alle Fördermaßnahmen in ein Umfeld eingebettet werden, damit die Anstrengungen für einen iGW-Leitmarkt nicht konterkariert, sondern unterstützt und skaliert werden.

³ <https://www.bmaw.gv.at/Themen/Wirtschaftsstandort-Oesterreich/IPCEI.html>

(BDI zur BT-Drucksache 20/2376)

Über den BDI

Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Damit unterstützt er die Unternehmen im globalen Wettbewerb. Er verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk in Deutschland und Europa, auf allen wichtigen Märkten und in internationalen Organisationen. Der BDI sorgt für die politische Flankierung internationaler Markterschließung. Und er bietet Informationen und wirtschaftspolitische Beratung für alle industrierelevanten Themen. Der BDI ist die Spitzenorganisation der deutschen Industrie und der industrienahen Dienstleister. Er spricht für 39 Branchenverbände und mehr als 100.000 Unternehmen mit rund acht Mio. Beschäftigten. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. 15 Landesvertretungen vertreten die Interessen der Wirtschaft auf regionaler Ebene.

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

Lobbyregisternummer: R000534

Ansprechpartner

Cora Loh
Referentin
Telefon: (030) 2028-1790
C.Loh@bdi.eu

BDI Dokumentennummer: D1733